



Hendrik Siegel

Kandidat der FDP zur
Bundestagswahl im Wahlkreis 009
Ostholstein - Reinfeld - Nordstormarn

Brahmsweg 1
23611 Bad Schwartau
Telefon: (0451) 20 80 64
Mobil: (0179) 4 52 25 61
E-Mail: H.Siegel@FDP-BadSchwartau.de

www.FDP-Ostholstein.de

Presse-Information

Text: Hendrik Siegel (ViSdP)

Foto: Fotostudio Hellmann (Copyright)

2. September 2009

Zum Auslaufen der „Abwrackprämie“: Liberaler weisen auf fatale Folgen des „Milliarden-Geschenks“

Nachdem seit heute Mittag (2. September 2009) keine finanziellen Mittel für die Umweltprämie mehr zur Verfügung stehen, muss die deutsche Automobilwirtschaft mit einem Einbruch beim Autoabsatz rechnen. Zu diesem Ergebnis kam bereits eine Studie der Unternehmensberatung Roland Berger.

Die Wirtschaftsexperten haben ebenso wie die FDP haben von Beginn an auf die Vorziehung von Autokäufen und Mitnahmeeffekte bei der so genannten „Abwrackprämie“ hingewiesen. Das „Geschenk“ der Großen Koalition in Höhe von 5 Milliarden Euro hat die Probleme nur auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben.

„Die Abwrackprämie ist ein ökonomischer Unsinn mit fataler Wirkung“, sagte der Direktkandidat zur Bundestagswahl, **Hendrik Siegel**: „Dem kurzen Rausch der Prämienzahlungen folgt ein langer und schmerzhafter Entzug in der Automobilbranche“. Deshalb lehnt die FDP auch eine Fortsetzung der Abwrackprämie ab – eine Dauersubventionierung der Autoindustrie darf es nicht geben. **„Der beste Ersatz für die unsinnige Abwrackprämie wären steuerliche Entlastungen für alle“**, meinte Siegel. „Statt auf den Rat von Branchenkennern und Wirtschaftsforschern zu hören, hat Schwarz-Rot auf einen milliardenteuren Wahlkampf gesetzt. Die finanziellen Folgen dieser Politik müssen nun nicht nur die Steuerzahler schultern, sondern auch die Autohändler und Autokonzerne, die im nächsten Jahr ihre Neuwagen nur schwer verkaufen können“.

Union und SPD haben selbstverständlich vor dem Wahlkampf auch verschwiegen, dass mit der Abwrackprämie die Staatsverschuldung nur weiter in die Höhe getrieben wurde. **„Auf dem Rücken der Steuerzahler wurde durch die Bundesregierung die teuerste Wahlkampagne aller Zeiten finanziert“**, urteilt Siegel. Die Große Koalition hat nicht berücksichtigt, wie viele Arbeitsplätze im mittelständischen Gebrauchtwagensektor, im Autoexport und in Autowerkstätten durch die Auszahlung der Prämie verloren gegangen sind. **Die Abwrackprämie hat nicht zu mehr Konsum geführt, sondern Kaufentscheidungen nur auf Kosten anderer Branchen, etwa des Einzelhandels, verlagert.** Die Liberalen ziehen folgendes Fazit: **„Die Abwrackprämie hat hohe Kosten und unverträgliche Wettbewerbsverzerrungen verursacht, nachhaltig genützt hat sie nicht!“**